

---

Inforadio > Programm > Umgeschichtet

Sa 19.12.2015 | 13:44 | Umgeschichtet

## Reparationen für Griechenland?

**Das Verhältnis von Deutschland und Griechenland gehörte 2015 zu den Dauerthemen unserer Berichterstattung. Nicht nur wegen der schwierigen Finanzlage in dem Land am Mittelmeer und der unterschiedlichen Auffassungen, wie mit ihr umzugehen ist. Im Frühjahr präsentierte Griechenland zum wiederholten Male Forderungen in Milliardenhöhe nach Reparationen. Mit dabei auch die Rückzahlung eines Kredits, der während der Besetzung durch die deutsche Wehrmacht gewährt wurde. Um die Frage, wie dieser Kredit zu bewerten sei, entspannte sich eine lebhaft mediale Debatte.**

Reparationen, Zwangskredit und individuelle Entschädigungsleistungen, darum ging es bei einer Podiumsdiskussion, die am 8. Dezember in der Topographie des Terrors stattfand. Es war die Abschlussveranstaltung einer Reihe, in der zusammen mit dem Centrum Modernes Griechenland an der FU an die Zeit der deutschen Besetzung erinnert wurde.

### Geräuschlose Bereinigung der Kriegsverbrecher-Verfahren

Nachdem die italienische Armee auf überraschend großen Widerstand gestoßen war, griff das Deutsche Reich 1941 auf dem Kriegsschauplatz ein und verübte bereits bei der unmittelbaren Besetzung eine Reihe von Kriegsgräueln, unter anderem auf Kreta.

**Hagen Fleischer**, emeritierter Professor für Neuere Geschichte an der Universität Athen, führt aus, dass es in den dreieinhalb Jahren der blutigsten Okkupation in einem nicht-slavisches Land auch tagtäglich zivile Opfer gab: Zahllose Menschen seien an Hunger krepierend, jeder dritte Grieche habe an epidemischen Infektionskrankheiten gelitten - in manchen Regionen waren 70 Prozent der Bevölkerung davon betroffen, vor allem Kinder. Hinzu kamen Hyperinflation, Zerstörung und Ausbeutung. Jedoch zeigte die deutsche Bundesregierung Anfang der 50er Jahre kaum Interesse an einer moralischen, finanziellen oder juristischen Sühne. Vielmehr drang sie auf eine schnelle und geräuschlose Bereinigung der Kriegsverbrecher-Verfahren.

Wenn von juristischen und moralischen Verpflichtungen Deutschlands gegenüber Griechenland die Rede ist, dann geht es um drei Themenkomplexe: um klassische Reparationsleistungen, um individuelle Wiedergutmachung und um den eingangs benannten Zwangskredit.

#### DER MODERATOR

Harald Asel

Redakteur, Autor, Moderator

1960 wurde von deutscher Seite ein Betrag von 115 Millionen Euro gezahlt, für Opfer nationalsozialistischer Verfolgung "aus Gründen der Rasse, des Glaubens und der Weltanschauung". Damit sah Deutschland das Thema für erledigt an.

Reparationen, wie sie die Alliierten im Potsdamer Abkommen 1945 vorsahen, wurden bei

der Londoner Schuldenkonferenz 1953 bis zum Abschluss eines Friedensvertrages gestundet. Man erinnerte die Hyperinflation der 1920er Jahre und wollte die Einbindung Westdeutschlands in Zeiten des Kalten Krieges.

**Hagen Fleischer:** "Bis 1989 hatte die Bundesregierung auf den Zeitpunkt der Deutschen Einigung vertröstet und zugleich auf jenen Zeitablauf hingearbeitet, auf den sie seit 1990 achselzuckend verweist. Also: Bis 89 war es zu früh für eine Regelung, ab 1990 war es zu spät".

### **Niedrig gehängt: Das Thema Reparationszahlungen**

In der Diskussion ging es zunächst um die Frage der Reparationen und ihren fortwährenden Anspruch bis heute.

**Frank Elbe**, früherer Botschafter Deutschlands u.a. in Polen, war 1990 als Leiter des Misinisterialbüros im Auswärtigen Amt an den 2+4-Verhandlungen zur Erlangung der vollständigen Souveränität des geeinten Deutschlands beteiligt. Er führt aus, dass die Bundesregierung seit 1990 die Auffassung vertrete, dass der 2+4-Vertrag die abschließende Regelung aller Nachkriegsfragen sei. Bei den Verhandlungen wurde deutlich gemacht, dass es weitere friedensvertragliche Regelungen über rechtliche Fragen in Bezug auf Deutschland als Ganzes nicht geben werde. Auch die Reparationsfrage sollte nach dem Willen der Vertragspartner nicht mehr geregelt werden.

In der Diskussion der Topographie des Terrors machte **Gabriella Etmektsoglu**, Direktorin der New York University Berlin, deutlich, dass es schon in den 50er Jahren ein Interesse gab, das Thema Reparationen niedrig zu hängen: Es sei die Entscheidung der Alliierten gewesen - besonders der Amerikaner -, dass Deutschland keine Reparationen bezahlen sollte, weil das Land sehr schlechte Erfahrungen noch aus dem Ersten Weltkrieg hatte. Stattdessen hat Amerika versucht, Griechenland Wiederaufbauhilfen aus dem Marshallplan zukommen zu lassen.

**Anestis Nessou** ist Rechtsanwalt für Handels- und Gesellschaftsrecht in Wuppertal. Er hat in seiner Dissertation Besatzungspolitik und Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung nach dem Völkerrecht untersucht. Er sagt: Das Potsdamer Abkommen wurde im August 1945 unterzeichnet und hatte verbindliche Wirkung nur zwischen den tatsächlichen Unterzeichner-Mächten - und Griechenland war nicht dabei. Auch seiner Auffassung nach sei der 2+4-Vertrag kein Friedensvertrag gewesen, obwohl er aber die Wirkung eines solchen hatte, weswegen die aus dem Londoner Schuldenabkommen von 1953 resultierenden Forderungen mit dem Inkrafttreten 2+4-Vertrags gestundet wurden.

Für **Gabriella Etmektsoglu** ist das Massaker von Distomo, bei dem 1944 die im Dorf zurückgebliebenen 218 Bewohner, darunter Kleinkinder, ermordet wurden, ebenfalls ein Fall für ein Gericht. Klagen der Angehörigen vor deutschen Gerichten auf Entschädigung blieben jedoch erfolglos. Im Streit darum drohte der griechische Staat deutsche Liegenschaften, etwa Goethe-Institute zu pfänden. Eine solche Pfändung hat dann aber letztendlich nicht stattgefunden.

### **Die Rolle der Siegermächte**

Botschafter a.D. **Frank Elbe** kehrt noch einmal zum 2+4 Vertrag zurück und erläutert, warum dieser anstelle eines Friedensvertrages versuchte, abschließend das Verhältnis Deutschlands zu seinen früheren Kriegsgegnern zu klären: Das vorherrschende Thema bei den Verhandlungen im 2+4-Vertrag sei die Schaffung einer europäischen Friedensordnung gewesen, wobei die Alliierten keine erleichternde Unterstützung gegeben haben.

Schewardnadse sei der Auffassung gewesen, dass man das Potsdamer Abkommen Punkt für Punkt mit dem Bleistift abhaken müsse und hielt dabei die Einsetzung einer Friedenskonferenz für unerlässlich. Genscher wandte ein, dass die Zahl der Teilnehmer an einer solchen Friedenskonferenz unkontrollierbar werden könnte, denn außer den aktiven Kriegsteilnehmern hätten auch all jene Staaten ein Mitspracherecht gehabt, die von ihren Kolonialherren in die Unabhängigkeit entlassen worden waren und den Status einer kriegführenden Macht gegen Deutschland erworben hatten. Das wären dann etwa hundert Teilnehmer gewesen.

**Anestis Nessou** hält entgegen, dass die Siegermächte zwar die Kompetenz über Deutschland hatten, jedoch nicht unbedingt die Entscheidungsbefugnis über Griechenland wahrnehmen konnten. Nur ein strategisches Argument? Und sind die Opfer der deutschen Besatzung Griechenlands damit dem Kalkül der großen Mächte unterworfen?

**Hagen Fleischer:** "Bei der Verjährungsdebatte muss man daran denken, dass das Entschädigungsthema ist wie eine große Wanduhr, bei der jemand für 47 Jahre das Pendel stillgelegt hat (1953-90). Die Jahre, in denen eine Einklagung möglich gewesen wäre, sind für die Größe der Verbrechen eine sehr kurze Zeit."

### **Die Vergangenheit wirkt massiv in die Gegenwart hinein**

Was also ist zu tun? Könnte die nicht bezahlte Schuld aus dem in seiner Bedeutung durchaus strittigen Zwangskredit, den Griechenland während der Besatzungszeit den Deutschen gewähren musste, in einen speziellen Fonds fließen? Umgerechnet wären das heute ungefähr zehn Milliarden Euro. Ein Fonds, der sich ähnlich wie der zur Entschädigung von Zwangsarbeitern sowohl der Unterstützung der noch lebenden Opfer wie der Bildungsarbeit widmet.

Die Diskussion in der Topographie des Terrors am 8. Dezember zeigte jedenfalls, dass die aktuellen Streitpunkte zwischen Griechenland und Deutschland in die Betrachtung der Vergangenheit und ihrer Aufarbeitung massiv hineinwirken. Aber auch, dass es genügend Akteure gibt, die bei gutem Willen pragmatische Lösungen voranbringen können.

Es diskutierten:

#### **Hagen Fleischer**

Historiker an der Universität Athen

#### **Frank Elbe**

Früherer Botschafter

#### **Gabriella Etmektsoğlu**

Direktorin der New York University Berlin

#### **Anestis Nessou**

Rechtsanwalt

*Stand vom 19.12.2015*

---